

# Nachrichten für Naunhof

## und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinberg, Klinga, Köhra, Lützhof, Pomßen, ~~...~~, Tzrens sfn.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erstausgabe wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 2.—, jährlich Mk. 24.—, ohne Auslagen. Post einschl. der Postgebühren Mk. 27.—. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.50. Reklamazeile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Austräge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Preis: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Gänge & Enle, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 107

Freitag, den 9. September 1921

32. Jahrgang

### Amtliches.

**Sonnabend, den 10. d. M. werden von nachmittags 1 bis 4 Uhr in Grundlins Schuppen, Wiesenstraße 10, zum Preise von 15 Mk. je Zentner gegen Vorlegung der Kohlengrundurten verkauft.**

Naunhof, am 8. September 1921. Der Bürgermeister.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Reparationskommission der Entente veröffentlicht einen offiziellen Bericht, daß Deutschland bis zum 31. August die erste Milliarde vollkommen bezahlt habe.
- Der Völkerbund soll angeblich entschlossen sein, einen ganz neuen Plan für die Entscheidung in Oberschlesien aufzustellen.
- Der Kanzler erklärte, daß er jeden Streit mit Bayern zu vermeiden wünsche. Die Einigungsverhandlungen sind in Berlin wieder aufgenommen worden.
- Der Belagerungszustand für ganz Oberschlesien ist aufgehoben worden.
- Mehrere deutsch-nationale Abgeordnete hatten eine Unterredung mit dem Reichskanzler über die Handhabung der neuen Verordnungen.
- Die Kriminalpolizei verfolgt mehrere neue Spuren der Mörder Erdberger, ohne bisher ein bestimmtes Ergebnis erzielt zu haben.

### Das hungernde Rußland.

Eine kurze Zeitspanne schien es so, als sollte in die internationale, durch Maxim Gorki ins Rollen gebrachte Hilfsaktion für das hungernde Rußland ein großer einheitlicher Zug hineinkommen. Das Deutschland betrifft, so hatte sich hier ein unpolitisches Komitee gebildet, das alle hilfsbereiten Kräfte des Volkes ohne Unterschied der politischen Anschauungen zusammenfassen wollte. Selbst die Kommunisten schienen sogar einen Augenblick bereit, in dieser Angelegenheit nicht den Störenfried zu spielen. Bald aber gewannen die Absonderungsbestrebungen in ihrer Mitte abermals die Oberhand. Sie gingen mit Sonderveranstaltungen und Sondergründungen vor, und der damit gegebene Reim der Isolierung brachte bald die ganze Hilfsaktion fast zum Stillstand. Sie arbeiten unter der Firma eines „Auslandskomitees zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland“, das für den 9. September eine „Vollversammlung“ nach Berlin einberuft, indem es an dem Standpunkt festhält, daß es sich hier lediglich um eine proletarische Hilfsaktion handele.

Die Frage, ob so überhaupt geholfen werden könne, scheint vor der Sorge zurückzutreten, nur ja nicht mit anderen Elementen zusammen zu arbeiten. In Rußland selbst scheint der gleiche Standpunkt, entgegen den anfangs beabsichtigten Neigungen, sich neuerdings durchgesetzt zu haben. Das allrussische Hilfskomitee ist von der Moskauer Regierung aufgelöst worden, und man berichtet — ob glaubwürdig oder nicht, läßt sich allerdings von hier aus kaum nachprüfen — über blutigste Verfolgungen, denen die Mitglieder dieses Komitees ausgesetzt seien. Englische Blätter wollen sogar wissen, daß jetzt auch die amerikanische Regierung, so ziemlich die einzige, die zu sofortiger wirksamer Hilfe bereit ist, von den Bolschewisten der Anzeiung eines Aufstandes beschuldigt werde. Wenn das zuträfe, würde der Eifer der amerikanischen Regierung und ihrer ausführenden Organe selbstverständlich sehr rasch wieder erkalten. Das um so sicherer, als die Amerikaner mit der Verlässlichkeit der russischen Staatsmänner von heute auch auf anderem Gebiete gerade jetzt sehr merkwürdige Erfahrungen machen. Ein Vertreter von 50 amerikanischen Firmen, der diese Monate in Moskau zubrachte, um mit den Sowjets in Geschäftsbeziehungen zu kommen, und endgültige Aufträge im Gesamtbetrag von vielen Millionen Dollar einheimste, mußte feststellen, daß trotz der großen Opfer an Zeit, Geld und Bemühungen bis jetzt auch nicht ein Cent einliefert werden konnte. „Wir wurden an der Nase herumgeführt. Man spielte uns mit Unwahrheiten ab,“ erzählte er. Er schaut sich nicht, die russischen Unterhändler als eine Gruppe von Dieben und Hochstaplern zu bezeichnen, mit denen nichts zu machen sei. „Es gibt in Rußland zu viele Briganten, als daß die Kapitalisten irgendwelche Aussichten hätten.“ Der Mann, der das schreibt, ist — der Vorsitzende der amerikanischen Handelsvereinigung zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland.

Man kann sich denken, wie solche Darlegungen die allgemeine Genußlosigkeit der Amerikaner für die Rußlandhilfe in Rußland anregt. Dazu kommt ferner, daß nun auch der bekannte Forscher Hanson, der sich an die Spitze der Hilfsbestrebungen gesetzt hat, in Unstimmigkeiten mit dem gemischten Hilfskomitee vom Roten Kreuz geraten zu sein scheint, das für Rußland gebildet worden ist. Er hat, bezeichnend genug, eine scharfe Kontrolle für die Aufbringung und Verteilung der Hilfsmittel für notwendig gehalten, damit aber den Widerspruch verschiedener Instanzen gefunden. Von anderer Seite wird allerdings umgekehrt behauptet, daß seine Kontrollmaßnahmen allzu sehr auf die Wünsche der Bolschewisten zugeschnitten seien und damit bei der obersten Leitung des internationalen Roten Kreuzes Anstoß erregt hätten. Wie dem auch sei, jedenfalls ist auch Kansen durch die Auflösung des allrussischen Hilfskomitees sehr überrascht und enttäuscht worden. Unter allen Umständen geht über diese Streitigkeiten, Engländer, Amerikaner und wohl auch Eifersüchtigen kostbare Zeit verloren. Inzwischen nimmt das herzzerreißende Elend in den Wolgabidistrikten immer mehr überhand. Amerikanische Journalisten, die eine Dampferfahrt unternahmen, um sich durch eigenen Augenschein von dem wahren Stande der Dinge zu überzeugen, entwerfen erschütternde Einzelbilder und lassen das, was sie für die Hungernden aus eigenen Mitteln dabei tun konnten, in die Worte zusammen: „es reichte gerade aus, um den Sterbenden das letzte Sakrament zu geben! In Moskau aber tobt man gegen die Kräfte, die sich nicht der bolschewistischen Oberkontrolle unterwerfen wollen, als wenn die vielen Millionen Menschenleben, die auf dem Spiele stehen, nicht einmal das Gewicht einer Feder hätten. Wenn das so weitergeht, wird Rußland auch in dieser allgemeinen Menschheitsfrage bald völlig auf sich allein angewiesen sein.“

### Die bayerische Krisis.

Neue Verhandlungen in Berlin.

Seit langem sind die parteipolitischen Gegensätze in Deutschland nicht so scharf aufeinandergeprallt wie in den augenblicklichen Auseinandersetzungen zwischen Berlin und München, wobei außer dem Kampf zwischen rechts und links gleichzeitig der damit verbundene Streit um die Frage der größeren oder geringeren Selbstständigkeit der deutschen Einzelstaaten zum Austrag kommt. Die Juspizierung der ganzen Frage ist besonders deshalb so scharf, weil Bayern als derjenige Staat, der immer am stärksten auf die Wahrung seiner Sonderrechte bedacht war, heute gleichzeitig als einziges deutsches Land eine stark nach rechts neigende Regierung besitzt. Weidens wirt in der gleichen Richtung, die den Neigungen der auf möglichst weitgehende Vereinheitlichung des Reiches bedachten Reichsregierung zuwiderläuft.

Dieser Gegensatz ist jetzt aus Anlaß der neuen Verordnungen vom 29. August in doppelter Hinsicht in bedauerlicher Schärfe hervorgetreten. Einmal hat sich Bayern in seiner eigenen Landespolitik dadurch beeinträchtigt gefühlt, daß die Reichsregierung mit den Presseverboten auch in Bayern ohne vorherige Zustimmung mit der Münchener Regierung vorging, wozu sie allerdings formal berechtigt war, andererseits hat die Absicht der Reichsregierung, auch in Bayern, wie überall im Reich, den Ausnahmezustand aufzuheben, in München Erregung hervorgerufen, weil man dort den Ausnahmezustand zurzeit noch für unentbehrlich hält. Von rechtsstehenden Kreisen wird daher darüber geflagt, daß die Reichsregierung ohne die nötige Rücksicht auf die innerbayerischen Verhältnisse Verfügungen treffe, die die bayerischen Interessen schädliche, von linksstehender Seite wiederum macht man der bayerischen Regierung den Vorwurf, daß sie die verfassungsmäßigen Rechte der Reichsregierung mißachte. Der Streit hat bereits sehr scharfe Formen angenommen, so daß von beiden Seiten scharfe Drohungen für den Fall der Hartnäckigkeit des anderen Teils ausgesprochen wurden. Die Aufgabe besteht also angefaßt der Gefahr jeder innerpolitischen Krisis und der schwierigen außenpolitischen Lage darin, den Gegensatz auf dem Wege friedlicher Verhandlungen auszugleichen. Dieser Weg ist bereits beschritten worden, und man muß wünschen, daß er bald zu einem Ziele führt. Am Mittwoch trafen mehrere Vertreter der bayerischen Regierung und der Koalitionsparteien in Berlin ein, um die bereits in der Vorwoche begonnenen Beratungen mit dem Reichskanzler fortzusetzen. — Aus dem letzten Entwicklungsstadium dieser Krisis seien folgende wichtigen Punkte hervorgehoben:

### Der Kanzler gegen jeden Streit.

Zu dem Berliner Vertreter der „Daily Mail“ sagte Reichskanzler Dr. Brüning:

„Für den Augenblick befürchte ich keinen monarchistischen Staatsstreik, aber wir müssen auf der Hut sein. Eine monarchistische Partei bildet gegenwärtig das Zentrum der monarchistisch-militarischen Bewegung in Bayern. Ich bin entschlossen, mit Bayern nicht zu streiten. Es ist ein Land, das immer lebhaftes Empfinden für seine Unabhängigkeit hatte. Doch glaube ich, daß eine Vereinbarung möglich sein wird, wie sie in der Währungsfrage und in der Frage der Einwohnerwehren möglich war.“

Diese grundsätzliche Äußerung des Kanzlers eröffnet begründete Hoffnungen auf eine Lösung des Konflikts, so ernst auch verschiedene andere Einzelmeinungen lauten.

### Die Ansicht des bayerischen Gesandten.

Der bayerische Gesandte in Berlin, Herr von Breger, beglückwünschte in einer Unterredung mit einem Berliner Pressevertreter die Lage als sehr ernst. Die Wurzel des Übels erblickt er darin, daß die Weimarer Verfassung ein zu weitgehendes Bestreben nach Vereinheitlichung des ganzen Reiches zeige, wobei auf die Sonderinteressen der einzelnen Länder nicht die nötige Rücksicht genommen worden sei. Es habe jetzt fast den An-

schein, als ob die Reichsregierung es auf eine Kraftprobe mit der bayerischen Regierung ankommen lassen wolle. Dabei dürfe man nicht vergessen, daß die Regierung fast über zwei Drittel des bayerischen Volkes hinter sich habe. Falls die Reichsregierung auf ihrem Verhalten beharre, so entstehe die Gefahr eines Rücktritts der bayerischen Regierung. Ein solcher erzwungener Rücktritt könnte unliebsame Erscheinungen nach sich ziehen und eine Volksbewegung auslösen, deren Tragweite sich nicht übersehen lasse. — Die württembergische Staatsregierung ist der Ansicht, daß das Vorgehen der Reichsregierung durchaus verfassungsmäßig ist, in der allgemeinen politischen Entwicklung der letzten Zeit keine Rechtfertigung findet und im übrigen nach allen Seiten hin gleichmäßig gilt. Eine vorherige Zustimmungnahme mit den einzelstaatlichen Regierungen hätte allerdings auch die württembergische Regierung als notwendig erachtet.

### Sozialdemokratische Kampfbereitschaft.

Die Sozialdemokraten treten mit besonderem Nachdruck dafür ein, daß der Standpunkt der Reichsregierung gegenüber dem der bayerischen Regierung unbedingt durchgesetzt werden müsse. Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen haben bereits über ein gemeinsames Vorgehen in dieser Frage verhandelt. Der Vorwärts bringt folgende inhaltsschwere Ankündigung: „Für die Arbeiter ist leider wieder einmal die Notwendigkeit der erhöhten Kampfbereitschaft gegeben. Wir hoffen immer noch, daß es den einsichtigen bürgerlichen Elementen in Bayern gelingen wird, das Ärgste zu verhüten. Wir wünschen aufrichtig, daß es gelingen möge. Leider ist darauf wenig Hoffnung. So werden in den nächsten Tagen die Massen wieder einmal in der höchsten Not des Reiches zu seinem Schutze und zur Unterstützung einzuwirken müssen. Wir sind uns darüber klar, daß dies so zu geschehen hat, daß außer den Schuldigen möglichst niemand dabei leiden soll. Aber dem Reich muß unter allen Umständen das Recht bleiben, die Reichsbolschewisten mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen, auch dann, wenn sie in Bayern liegen.“

Der Vorwärts nennt die bayerische Politik „offiziell klamm, offiziell gemeingefährlich“. Er macht ferner Mitteilung von einer Entschließung der bayerischen Gewerkschaften, die von der Regierung verlangt, daß sie nicht nur den Ausnahmezustand für Bayern mit unbergänglicher Wirkung aushebt, sondern daß sie darüber hinaus Maßnahmen trifft, die die Sicherung der Demokratie und der Republik auf das bestimmteste gewährleisten. Die Gewerkschaftskonferenz habe sich bereits geäußert und gesehen, diejenigen Maßnahmen zu beraten, die sich unter Umständen als notwendig erweisen werden, wenn die bayerische Regierung es vorgehen sollte, auf ihrem bisherigen Standpunkte gegenüber der Reichsregierung zu beharren.

### Ausgleichsbestrebungen.

Wenn man diese Worte und die darin enthaltenen Drohungen mit den Ankündigungen des bayerischen Gesandten vergleicht, daß ein Rücktritt der Regierung wohl unliebsame Begleiterscheinungen haben könnte, so erkennt man die Schärfe der obwaltenden Gegensätze und die Notwendigkeit des Ausgleichs. Dieser wird vor allem von den Demokraten angestrebt. Diese haben den entschiedenen Willen erklärt, alle Schritte zu unterstützen, die zu einem Ausgleich der Spannung führen können. Dabei wurde als selbstverständlich erachtet, daß die Rechtskraft der Reichsverfassung als verpflanzend anzusehen ist. Der demokratische Reichswehrminister Seidler ist in München eingetroffen. Er wird sich mit der bayerischen Regierung ins Einvernehmen setzen, die schwelenden politischen Fragen zu verhandeln.

### Oberschlesien vor dem Völkerbund.

Ein neuer Vorschlag.

Aus Genf erfährt das englische Blatt „Westminster Gazette“, die vom Völkerbundrat mit der Berichterstattung über die ober-schlesische Frage betrauten vier Mitglieder würden wahrscheinlich ihren Bericht bis zum 10. September fertig haben.

Es könne schon jetzt zuverlässig erklärt werden, daß der Völkerbundrat in der ober-schlesischen Frage eine Entscheidung treffen werde, die weder in Übereinstimmung mit den britischen Vorschlägen, noch mit den französischen sei und daß er ganz unabhängig vorgehen werde. Die Entscheidung des Rates solle sowohl Polen wie auch Deutschland und vor allem der ober-schlesischen Bevölkerung Befriedigung gewähren.

Auch die Polen zufriedenstellen? Dem Mitarbeiter der „Westminster Gazette“ soll der gute Glaube gewiß nicht bestritten werden. Aber es wäre eine neue Offenbarung im Völkerverleben, wenn es irgend einer Körperschaft — und sei es auch der Völkerbundrat — gelingen würde, die Polen zufriedenzustellen. Es sei denn, man spräche ihnen Oberschlesien von Kattowitz bis Oppeln und von Ratibor bis Kreuzburg nebst den angrenzenden Gebieten zu.

### Aufhebung des Belagerungszustandes.

Die Interalliierte Kommission hat vor einiger Zeit angekündigt, die Aufhebung des Belagerungszustandes für Oberschlesien könne, nachdem allgemeine Beratung eingetreten sei, erwogen werden. Diese Erwägungen haben

ürze  
chen

Nr. 6.

Flaschen  
sich die

del zu beziehen  
Naunhof-Leipzig,

ides Wädchen  
19 Jahre

Stellung  
Hausbott. Näheres  
Köhra Nr. 46b.

ge Dame

Stenographie und  
reiben wöchentl. für  
den vor- od. nachm.  
ardt für sofort ge-  
l. Angeb mit An-  
l. N. V. an die  
deses Blattes.

tes Zimmer  
Offert. untl. W. Z.  
ds. Blattes erbeln.

Albrechtshain  
uerroehr Erd-  
hilffreich zur  
sten Dank

ster  
ann

in Gott  
er lieber  
Onkel der

er a. D.

stern

21.

lieben en.

och, den  
der Be-